

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abohmenispreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.35 M., bei Selbstabholung 1.25 M. — Durch die Post bezogen vierfachjährlich 4.05 M., für 1 Monat 1.35 M. (Bestellgeld vierfachjährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.). — Gelbpost unter Kreuzband monatlich 1.35 M. — Postcheckkonto Nr. 68 477.

Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18600.

Abonneren lassen die 7 gesetzte Zeitzeile oder deren Raum: 25 Pf., bei Plakatvorwahl 40 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Verlegen von Prospekten ist bei der Gesamtansage 4.— M. jedes Tausend, bei Teilauslage 5.— M. — Schluss der Annahme von Abonneren für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Abonnement-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Wilhelm Stolle gestorben.

Wilhelm Stolle +

Glauchau, 11. März. Wie die Glauchauer Zeitung berichtet, ist heute früh im benachbarten Gesau der Reichstags- und frühere Landtagsabgeordnete Stolle, 76 Jahre alt, nach nur kurzen Krankenlager gestorben. Stolle vertrat im Reichstag den 18. sächsischen Reichstagswahlkreis Zwickau.

*

Einer der ältesten und treuesten Kämpfen des Sozialismus ist gestorben — ein Vierteljahr nach seinem 75. Geburtstage. Bis zum letzten Atemzuge wirkte er in voller Rüdigkeit für die Ideale, für die er mehr als ein halbes Jahrhundert gekämpft hat.

Stolle wurde am 10. Dezember 1842 in Frankenhäuschen bei Grünhain geboren. Schon in jungen Jahren schloss er, der gelehrte Göriner, sich der erwachsenen Arbeiterbewegung an, die besonders in der sächsischen Zieglerindustrie ihre Wurzeln schlug. Mit der Sächsischen Volkspartei trat er der sozialdemokratischen Partei — Eisenacher Richtung — bei.

Er litt unter den Verfolgungen des Sozialistengesetzes, aber unerschrocken und aufrecht beharrte er auf seinem Posten. In der Zeit der stärksten Sozialistenverfolgungen, im Jahre 1881, errang er das Reichstagsmandat für den 18. sächsischen Reichstagswahlkreis Zwickau-Grünhain, den er noch heute vertritt.

Sein offenes, gerades Wesen, sein charaktervolles Festhalten an der gewonnenen Überzeugung, sein unerschrockenes Eintreten für die sozialdemokratischen Grundsätze sicherten ihm die Sympathien der Arbeiterschaft.

Alte ihm gab es kein revolutionäres Schwanken. Er stand immer auf der Linke der Partei und gehörte auch zu den 14 Sozialdemokraten, die im August 1914 in der Reichstagsfraktion gegen die Bewilligung der Kriegskredite abstimmten. Als dann die Politik der Umlerner die Parteipaltung herbeiführte, stand er von vornherein zu der Minderheit. Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft wie die Unabhängige Sozialdemokratische Partei zählen ihm zu ihren Begründern.

Bis in seine letzten Tage wirkte er für die alten Grundsätze des Sozialismus, für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Einer der treuesten Kämpfen geht in ihm dahin. Möge sein Wirken ein Vorbild für die Jungen sein.

Grundsätzliche Debatten und grundfäßliche Politik.

Von Rud. Breitscheid.

Die Art, wie der Wahlkampf in Niederbarnim geführt wird, hat nicht den Beifall Friedrich Stampfers. Er stellt mit Bedauern fest, daß zwischen den beiden rivalisierenden Richtungen keine Debatte von grundsätzlicher Bedeutung geführt würde. Schuld an dieser Verlachung der Diskussion seien natürlich die Unabhängigen; Verfechte der Regierungsozialisten, prinzipielle Erörterungen herbeizuführen, hätten bei uns keine Gegenliebe gefunden.

Wahrscheinlich hält Herr Stampfer die Methoden, wie sie in den Flugblättern der Unabhängigen und vor allem von seinem Freund Heilmann angewendet worden sind, für Musterbeispiele sachlicher und grundsätzlicher Kampfweise. Wenn ich von dieser Seite der Reihe noch absoluter politischer Unzuverlässigkeit, feiler Bestechlichkeit, des Landessatzes, des Eidsbruchs und anderer Niederdrächtigkeiten beschuldigt werden bin, so ist das nach Ansicht des leitenden Mannes in der Bormärkte redaktion wohl als Versuch zu werten, uns durch gütliches Zureden auf die

Höhen einer prinzipiellen Aussprache über der Menschheit große Gegenseite zu führen. Unsre Genossen aber, die diese Anwürfe mit einer verächtlichen Handbewegung beiseiteschieben und lieber über den von den Scheidemännern verübten „Bettar an den Arbeitern“ und die „Preisgabe sozialistischer Grundsätze“ reden, beweisen damit nur, wie wenig sie der politischen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit der Freunde des Herrn Stampfer würdig sind. Was für ein Pharisäum!

Indessen wollen wir nicht wie Kinder und alte Weiber darüber streiten, wer „angefangen“ hat. Sehen wir lieber zu, was Stampfer selbst an Dingen von „grundfäßlicher Bedeutung“ vorzubringen weiß. Es muß doch schon etwas ganz besonderes sein, denn nur in besonderen Fällen zeichnet er seine Aussäße mit seinem Namen.

Er spricht über die Bewilligung der Kriegskredite, den Gegenstand also, der tatsächlich den Ausgangspunkt und in gewissem Sinne den Brennpunkt unserer Meinungsverschiedenheiten bildet und er doziert folgendermaßen:

Die Unabhängigen sehen in der Zustimmung zu den Kredittolagen der Regierung ist praktisch gleichgültig, denn auch die beiden sozialdemokratischen Fraktionen zusammen machen im Reichstag nur eine Minderheit aus. Die Forderungen der Regierung hätten im Parlament immer eine Mehrheit gefunden, die Frage war nur, mit welchem Stimmenverhältnis die Kredite angenommen werden sollten: „Mit der Kreditverweigerung einer Minderheit verhängt es sich aber so: entweder sie gewinnt Einfluß auf den Gang der Kriegereignisse und will ihn gewinnen, oder sie hat diesen Einfluß nicht, und dann hat sie nicht viel mehr Bedeutung als ein Hündchen, das bellend hinter einem Wagen herläuft.“

Die Sozialdemokratie — will sagen: die abhängige — kann weder wünschen, durch Kreditverweigerung auf die Kraft der deutschen Waffen dämpfen zu wirken, noch will sie eine Politik der ohnmächtigen Proteste. Sie will vielmehr im Gegensatz zu den nur protestierenden Unabhängigen die „Aktion“, will „der Zeit die Zeichen des eigenen Willens aufdrücken“. (Im Ernst, so steht es da zu lesen!)

Die Unabhängigen sind gar nichts, weil sie nur chancenlose Proteste loslassen. Wären sie konsequent, so wären sie Bolschewist: „Hier ist in der Tat der Punkt grundfäßlicher Meinungsverschiedenheit: Entweder deutscher Sozialdemokrat oder russischer Bolschewik!“

Das ist der Gedankengang des Herrn Stampfer, wie er ihr übrigens mit etwas anderen Worten in der letzten Zeit wiederholt entwickelt hat. Er läßt sich in zwei Sätzen zusammenfassen: Die Opposition durch parlamentarische Abstimmung hat für eine Minderheit keinen Sinn. Ihr bleibt nur die Möglichkeit, entweder bolschewistische Revolution zu machen oder nach Art der Unabhängigen durch positive Mitarbeit der Zeit die Zeichen des eigenen Willens aufzudrücken.

Erkennen die Regierungsozialisten wohl, daß hier durch den Mund ihres Führers die Politik der Sozialdemokratie vor dem Kriege in Bausch und Bogen verdammt wird? Die Partei hält es, obwohl sie sich in der Minderheit befindet, für ihre Pflicht, ihre oppositionelle Haltung durch entsprechende Abstimmungen zu befunden, und sie verurteilt auß schärfste die Haltung der Liberalen, die in den Zeiten des Bülowblocks durch Herrn von Beyer verkündeten ließen, sie wollten der Regierung weder Aufschluß noch Vorwand geben, sie von der positiven Mitarbeit auszuschließen. Die Sozialdemokratie stimmte nach ihrer Überzeugung, auch wenn ihre Abstimmung keinen unmittelbaren parlamentarischen Erfolg versprach. „Es kommt nicht darauf an,“ sagte Bebel 1903 in Dresden, „ob man etwas gleich durchsetzen kann, sondern wir haben es zu fordern, weil es gerecht und vernünftig und somit notwendig ist.“ Durch die Gründe, die wir anführen, haben wir die draußen Stehenden zu überzeugen, daß diese ganze Politik ... eine Klassenpolitik ist, daß Reich und Staat Klassenstaaten sind und es bleiben werden, so lange sie in der jetzigen Gestalt bestehen.“

Stampfer nimmt den entgegengesetzten Standpunkt ein. Er leugnet Sinn und Zweck der parlamentarischen Opposition einer Minderheit. Er schaltet die oppositionelle

Minderheit als solche einfach aus und erblidet ihr einziges Hell in ihrer Einreihung in den großen Block der Regierungsparteien, innerhalb deren sie dafür sorgt, daß der Geist der Stempel ihres Willens aufgedrückt wird.

Spricht Stampfer wirklich im Namen der Scheidemänner, so stimmt sie also für die Kriegskredite, weil sie sich mit einem resignierenden Achselzucken sagt, daß eine Ablehnung ja doch nichts helfen werde. Grundsätzliche Opposition gegen den Klassenstaat ist ihr ebenso fremd wie der Wille zum Bekennen und damit zur Aufklärung. Eine für uns immerhin recht wertvolle Offenbarung!

Aber sie haben ja noch einen andern Grund, von dem man freilich nicht weiß, ob er in erster oder zweiter Reihe steht. Das Nein der Regierungsozialisten würde die Kraft der deutschen Waffen dämpfen. Der Frage, was ihr Ja bedeutet, geht Stampfer leider aus dem Wege, und deshalb müssen wir es sagen: Ihr Ja bedeutet die Stärkung des deutschen Annexionismus und die Dämpfung der Kraft des Volkswillens zu einem demokratischen und dabei dauernden Frieden. Uns verhöhnt man, weil wir angeblich glauben, durch Sitzbleiben bei der Abstimmung die Dinge in unserem Sinne leiten zu können. Die, die wirklich Ihnen bleiben, die Hände im Schoß falten und beten: „Herr, Dein Wille geschehe“, sind aber die Abhängigen. Ihre Politik ist eine Politik der Schwäche und Resignation, die sich vergeblich auf staatsmännische Weisheit herauszureißen sucht.

Diese Passivität sucht Stampfer den Arbeiterschaft als eine ihrem Betätigungsdrang entsprechende Aktion aufzudrehen, deren einzige Alternative der russische Bolschewismus sei. Ueber diesen Bolschewismus und die Möglichkeit, seine Methoden jetzt und überhaupt auf Deutschland zu übertragen, über seine Licht- und seine Schattenseiten will ich in diesem Zusammenhang nicht reden, aber es ist unter allen Umständen ein billiges Täschenspiel erkunstlich, ihn als die einzige Möglichkeit für diejenigen hinzustellen, die die Politik der Abhängigen verwerfen. Wenn es wirklich zwischen der positiven Mitarbeit und dem revolutionären Terror keinen Mittelweg gibt, weshalb in aller Welt hat dann die Sozialdemokratie vor dem Kriege ein eigenes Programm und eine eigene Taktik herausgearbeitet? Weshalb hat man die Arbeiter nicht bis zu dem Zeitpunkt, wo den Führern die Gelegenheit zu einer Revolution günstig schien, der Einfachheit halber beim Nationalismus Unterschlupf suchen lassen?

Über der Erfolg? Wir geben zu, die Politik der Unabhängigen hat den allgemeinen Frieden bisher nicht heraufzuführen vermocht, hat auch nicht verhindern gesuinet, daß im Osten Friedensschlüsse vollzogen werden, die von dem sozialdemokratischen Ideal so weit entfernt sind, wie der Himmel von der Erde. Wo sind denn die Erfolge der Regierungsozialisten? Wo ist der Stempel, den sie ihrer Zeit aufgedrückt haben?

Wir brauchen uns nicht mehr in besondere Unlusten zu stürzen, um diese Frage zu beantworten. Der Stampfer nahestehende Abgeordnete Wendel hat in dem vor einigen Tagen hier erwähnten Artikel in der Frankfurter Volksstimme in dieser Beziehung alles Notwendige gesagt. Er konstatiert mit dünnen Worten den völligen Bankrott des Regierungsozialismus, der vielleicht in Kleinigkeiten dies und das erreicht habe, im großen, in der Hauptsache aber vor dem Nichts stehe.

Wendel ist pessimistisch genug, anzunehmen, daß vielleicht die deutsche Arbeiterschaft mit einer Politik zufrieden sei, die für ihre Butterbrotinteressen sorge und alles darüber hinausgehende als dekorative Schnörkel ansehe. Dieser Pessimismus ist sicher unbegründet. Wenn es aber in der Tat Arbeiter in Deutschland gibt, die gelernt haben, sich so zu beschreiben, so tragen die Schuld die Stampfer und Genossen, die zwar bedauern, daß im Wahlkampf keine grundsätzlichen Erfahrungen gemacht werden, die aber durch die strikte Ablehnung grundsätzlicher Politik so hohen Debatten von vornherein den Boden entzogen haben.

Ein Umlerner?

Was wird geschrieben:

Weiß sie sonst nichts Besichtiges wissen, suchen die Gegner der Kandidatur des Genossen Breitscheid lieber daran einen Strick zu drehen, daß er noch bis vor sechs oder sieben Jahren im bürgerlichen Lager gestanden habe.

Es ist schon an sich ein starkes Stück, jemandem deshalb herabzusehen zu wollen, weil er ohne Absicht auf materielle Nachteile auf